

Schaftsleitern waren diese Tatsache und die sich im eigenen Widerspruch auflösenden „Begründungen“ nicht unbekannt. Es wäre ihre und der Parteiorganisationen Pflicht gewesen, sofort und prinzipiell die Auseinandersetzungen über die offensichtlichen Verstöße gegen die sozialistischen Gesetze zu organisieren. Sie haben nicht nur über die Einhaltung der sozialistischen Gesetzlichkeit zu wachen, sondern den Kampf gegen die ideologischen Ursachen für die Verstöße zu führen. Zwar sind in den letzten Wochen — ohne viel Wind davon zu machen — entsprechende „Regulierungen“ erfolgt. Den Auseinandersetzungen mit den ideologischen Ursachen sind die Parteiorganisationen jedoch aus dem Wege gegangen. Das ist aber ihre urreigenste Aufgabe. An solchen Beispielen können und müssen sie den ideologisch-politischen Kampf gegen die immer noch vorhandene Unterschätzung der Rolle der Frau, in der sozialistischen Gesellschaft führen. Ohne diesen Kampf sind alle organisatorischen Maßnahmen und „Regulierungen“ nur Pflasterchen.

Ideologischen Ursachen auf den Grund gehen

Von einem leitenden Wirtschaftsfunktionär wird offen erklärt, daß für die unterschiedliche Entlohnung bei neuangestellten Arbeitskräften Angebot und Nachfrage von Männern und Frauen mitbestimmend ist. Damit spricht er das offene aus, was andere nur „unter Brüdern“ sagen: Männliche Arbeitskräfte sind sehr rar; die fangen bei uns nicht mit der Lohngruppe III an; denn in jedem anderen Betrieb können sie auch sofort mit einer höherem Lohngruppe beginnen. Bei Frauen und Mädchen könne man sich das leisten, das „Angebot“ wäre groß. Diese Meinungen sind den Parteimitgliedern in Leuna bekannt.

Einigen Leitern ist offensichtlich das Wesen der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR, das Wirken der ökonomischen Gesetze des Sozialismus nicht klar. Deswegen verstehen sie nicht, daß unter unseren Bedingungen die Arbeitskraft keine Ware ist. Die Entloh-

nung erfolgt in der DDR entsprechend dem ökonomischen Gesetz der Verteilung nach der Arbeitsleistung, unabhängig vom Alter und Geschlecht und unbeeinflußt von Angebot und Nachfrage.

Das Unverständnis für die Rolle der Frauen und Mädchen im Sozialismus ist das entscheidende Hemmnis bei ihrer Förderung und Entwicklung, bei der Durchsetzung ihrer vollen Gleichberechtigung. Das muß für die Parteiorganisationen Anlaß genug sein, in den Mitgliederversammlungen darüber zu sprechen. Und das ist bisher nur ungenügend getan worden. Es genügt nicht, über diese oder jene Erscheinung zu sprechen, diese oder jene falsche Ansicht zu kritisieren.

Wird in Mitgliederversammlungen über „Frauenprobleme“ diskutiert, dann geht es weniger um organisatorische Maßnahmen. Hier soll das Wirken der ökonomischen Gesetze am Beispiel der Praxis gezeigt, sollen die ideologischen und politischen Grundfragen beraten werden. Sie lassen sich nicht von der Lösung ökonomischer Aufgaben trennen. Daran sollten sich nicht nur die Genossen der Leuna-Werke, sondern jedes Betriebes erinnern.

Qualifizierung mit Perspektive

Hier soll auch dem „Argument“ entgegengetreten werden, die Zurücksetzung der Frauen bei der materiellen Anerkennung ihrer Leistungen seien Einzelfälle gewesen. Nicht nur bei Neueinstellungen waren in einigen Betrieben der Leuna-Werke zweierlei Maßstäbe angelegt worden. Das traf auch auf lange Jahre im Werk beschäftigte Kolleginnen zu. Ein Beispiel: Eine Kollegin arbeitet seit 1955 im Werk. Aus familiären Gründen bat sie um die Versetzung von der Wechselschicht eines Betriebes in die Tageschicht eines anderen Betriebes. Obwohl sie schon seit über drei Jahren die Lohngruppe IV erhalten hatte, wurde sie bei der Versetzung in die Lohngruppe III zurückgestuft. Sie mußte sich im neuen Betrieb erst zwei Monate „bewähren“, ehe ihr wieder die Lohngruppe IV zugewilligt wurde. In diesen zwei Monaten